

A n t r a g

der Fraktion Die Linke

Thüringen entlasten, Energiewende stärken – Stromgebotszone aufteilen

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die einheitliche deutsch-luxemburgische Stromgebotszone führt zu systematischen Fehlanreizen im Strommarkt, weil Netzengpässe nicht im Preis abgebildet werden und der Strompreis an der Börse unabhängig vom Ort des Verbrauchs oder der Erzeugung ist.
2. Diese Struktur verschärft regionale Ungleichheiten. In windreichen Regionen Ost- und Norddeutschlands werden Anlagen aufgrund fehlender Netzkapazitäten regelmäßig abgeregelt, während Großverbraucher und Industrie in Süd- und Westdeutschland von künstlich niedrigen Großhandelspreisen aufgrund günstigen Windstroms profitieren.
3. Nach Berechnungen des Verbands Europäischer Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E) könnte eine Aufteilung Deutschlands in mehrere Preiszonen die volkswirtschaftliche Effizienz steigern und jährlich Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe bringen, insbesondere durch geringere Kosten für die Umleitung und Steuerung von Stromflüssen im Netz (Redispatch-Kosten).
4. Zugleich zeigen die Analysen, dass eine differenzierte Preisbildung zu regionalen Entlastungen in den Erzeugerregionen führen und Investitionen in Flexibilität, Speicher und lokale Wertschöpfung stärken würde.
5. Der weitere Netzausbau bleibt auch bei einer Gebotszonenteilung erforderlich, um die Energiewende zu ermöglichen. Eine angepasste Preiszellenstruktur kann jedoch dazu beitragen, den erforderlichen Netzausbau zu verringern und effizienter zu gestalten.
6. Eine Gebotszonenteilung kann mittel- und langfristig auch zu einer Entlastung bei den Netzentgelten und somit zur Reduzierung der Stromkosten für Endverbraucher führen, da sie die Zahl der Netzengpässe und damit die kostenintensiven Redispatch-Maßnahmen verringert und Investitionsdruck auf überregionale Leitungen mindert.

- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
1. sich auf Bundesebene – insbesondere im Bundesrat, in der Ministerpräsidentenkonferenz, in der Energieministerkonferenz und gegenüber dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung die notwendigen Schritte für eine Teilung der deutsch-luxemburgischen Stromgebotszone einleitet und hierzu einen verbindlichen Fahrplan mit den europäischen Partnern und der Bundesnetzagentur erarbeitet;
 2. darauf hinzuwirken, dass im Zuge dieser Reform
 - a) regionale Preiszonen so gestaltet werden, dass Netzengpässe abgebildet und Marktverzerrungen reduziert werden,
 - b) begleitende Ausgleichsmechanismen für energieintensive Betriebe etabliert werden, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden,
 - c) bestehende Ungerechtigkeiten bei den Netzentgelten überprüft und durch eine gerechtere Verteilung zwischen den Regionen kompensiert werden;
 3. eine gemeinsame Initiative mit den ostdeutschen Ländern für eine Teilung der deutsch-luxemburgischen Stromgebotszone zu ergreifen, um der Forderung auf Bundesebene den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Begründung:

Deutschland und Luxemburg bilden bislang eine gemeinsame Stromgebotszone mit einheitlichem Börsenpreis. Dadurch werden physikalische Netzengpässe nicht im Marktpreis berücksichtigt. Obwohl im Norden und Osten vor allem Windenergieanlagen bei günstigen Witterungsverhältnissen Strom im Überfluss erzeugen, müssen sie regelmäßig abgeregelt werden. Zugleich entstehen hohe Redispatch-Kosten, weil in anderen Regionen der günstige Windstrom eingekauft, aber physikalisch nicht bereitgestellt werden kann, und dafür teure Ersatzkraftwerke hochgefahren werden müssen. Diese Ineffizienz zahlen alle Stromkundinnen und Stromkunden über Netzentgelte und Strompreise mit.

Bis zum Jahr 2045 plant Deutschland die Windkraft auf 160 Gigawatt (GW) an Land auszubauen. Die meisten Windanlagen werden wegen besserer Windbedingungen weiterhin im Norden errichtet werden. Hinzu kommt der Ausbau auf 70 GW offshore. Damit werden trotz umfangreichen Netzerweiterungen weiterhin Engpässe im innerdeutschen Netz bestehen, mit entsprechenden Redispatch-Kosten und Fehlanreizen. Oder es werden weitere HGÜ (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung)-Trassen errichtet, die nur in wenigen Stunden des Jahres benötigt werden, was einen starken Anstieg der Netzentgelte zur Finanzierung der Investitionen bedeuten würde.

Nach dem jüngsten Bidding Zone Review des Verbands Europäischer Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E) würde eine Teilung Deutschlands in mehrere Preiszonen die Gesamteffizienz des Systems erhöhen und Einsparungen von bis zu 339 Millionen Euro pro Jahr bringen. Das bedeutet: geringere Netzengpässe, weniger Abregelung von Wind- und Solarstrom und insgesamt stabilere Preise.

Für Thüringen würde eine effizientere Preiszonenteilung spürbare Entlastung bringen. Privathaushalte, aber auch kleine und mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe würden von einer Senkung der Kosten für die Umleitung und Steuerung von Stromflüssen im Netz profitieren, die heute über höhere Netzentgelte gerade ostdeutsche Regio-

nen besonders belasten. Auch kommunale Energieversorger und Stadtwerke hätten bessere Marktbedingungen für lokale Stromvermarktung, Speicher und Flexibilitätsdienste.

Gleichzeitig würde Thüringen als Land mit wachsender Zahl dezentraler Energieerzeugungsanlagen und Flexibilitätsprojekte – etwa kommunale Wärmespeicher, Elektromobilität und Power-to-Heat – von regional differenzierten Preissignalen profitieren, die den wirtschaftlichen Betrieb solcher Anlagen erleichtern.

Die Trennung der deutsch-luxemburgischen Gebotszone wäre kein Bruch der Einheit des Strommarkts, sondern eine sachgerechte Anpassung an die physikalische Realität. Sie schafft mehr Systemeffizienz, führt zu geringeren Kosten auch für Endverbraucher und fördert den dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien.

Der Freistaat Thüringen sollte sich daher gemeinsam mit anderen ost-deutschen Ländern dafür einsetzen, dass die Bundesregierung die positiven Effekte einer Teilung der deutsch-luxemburgischem Stromgebotszone aufgreift und die Grundlage für eine gerechte, effiziente und sozial ausgewogene Strompreisstruktur legt.

Für die Fraktion:

Mitteldorf